

## Leserbrief zu den Anmerkungen von Jürgen Dick am 03. Juni 2015

Lieber Herr Dick,

auch mit Ihrem zweiten Beitrag zu der Ihnen sehr wichtig gewordenen BBB-Kritik liegen Sie leider in wesentlichen Fragen hinsichtlich der objektiven Sachlage neben der Wirklichkeit: Nach dem Grundsatz der repräsentativen Demokratie und den entsprechenden Regelungen des Kommunalwahlgesetzes versieht der Wähler mit seiner Wahlentscheidung nicht die Parteien oder Wählervereinigungen, sondern die Kandidaten mit dem Mandat. Man hat daher Anlass, eine Fraktion politisch zu kritisieren, die von Mandatsträgern verlassen wird, nicht jedoch eine solche, die Mandatsträger aufnimmt; zumal entgegen Ihrer Darstellung eine Fraktion keine Mandatsträger annekieren kann, sondern der Fraktionswechsel immer einen entsprechenden Willen des Mandatsträgers und einen Antrag auf Aufnahme in die neue Fraktion voraussetzt. Schon aus diesem Grund können Sie dem BBB die erfolgten Mandatsträgerbeitritte nicht als "Methode" vorwerfen. Übrigens auch nicht der FDP, die 2005 Gerd Jürgen Jesse aus der CDU-Fraktion aufgenommen hat und in diesem Jahr Katja Lauterbach. Aber das tun Sie ja auch nicht, weil Sie ja mit der FDP keine Probleme haben. Ebenso wenig wie Sie den Anspruch erheben, unabhängig und neutral zu berichten. Zutreffend ist daher Ihre Feststellung, dass Sprache mitunter verräterisch ist; beispielsweise dann, wenn Sie davon schreiben, der BBB habe sich fremde Sitze angeeignet. Was wie oben beschrieben, weder stattgefunden hat noch überhaupt theoretisch möglich wäre. Nichts Verräterisches liegt allerdings hinter der Selbstbezeichnung einer Fraktion als Opposition. Nach der allgemeinen und in einigen Länderverfassungen sogar ausdrücklich vorgenommenen Definition gehören der Opposition alle diejenigen Fraktionen an, welche die Regierung nicht im Mittragen; im Falle der Stadt Bruchköbel wäre das der Magistrat beziehungsweise der Bürgermeister. Wenn auch nicht von allen Diskussionsteilnehmern in Bruchköbel, so ist doch allgemein anerkannt, dass das Vorhandensein und die Arbeit einer Opposition notwendige Voraussetzungen für das Funktionieren einer Demokratie sind. Wer sonst sollte die Regierung wirksam kontrollieren und programmatische Gegenentwürfe zur Regierungspolitik entwickeln? Mit der konkreten Arbeit der Opposition darf man sich dann natürlich gerne kritisch auseinandersetzen. Aber auch dies ist für einen demokratischen Diskurs nur dann nützlich, wenn es sachlich und klar erfolgt, und nicht dann, wenn es nur der Diffamierung dient. Insofern ist es richtig, dass der BBB die Bezeichnung christlich in seinen Grundwerten führt und einige der Mitglieder auch in der örtlichen Kirchengemeinden engagiert sind; aus welchen konkreten Programminhalten oder politischem Wirken Sie aber "einen Hang zu missionarische Schulmeisterei" entnehmen, bleibt mir völlig unerfindlich. Es ist eine beliebte Methode der politischen Propaganda in Bruchköbel geworden, an der Opposition pauschale

Schmähekritik zu üben, ohne konkret zu sagen, woran man sich eigentlich stören will. Man begnügt sich mit billiger Stimmungsmache. Was die Freien Wähler angeht, so ist richtig zu stellen, dass nicht der BBB den Freien Wählern Main-Kinzig angehört, sondern nur einige seiner Mitglieder. Dies liegt an der Organisationsstruktur der Freien Wähler bundesweit, wonach immer nur natürliche Personen einer jeweiligen Gliederung auf den unterschiedlichen Ebenen angehören können. Für den BBB stellen Sie dabei zutreffend fest, dass das Engagement in Bruchköbel an erster Stelle steht und erst dann die nachgeordneten Ebenen folgen. An einer inneren Überzeugung der auf Kreisebene engagierten Mitglieder soll es aber zumindest für die Zukunft nicht fehlen. Ich der Unterzeichner bin seit März stellvertretender Kreisvorsitzender der Freien Wähler Main-Kinzig.

Mit freundlichem Gruß

Christian Clauß